Handlungspakt für regionale Chancen

Hoyerswerda und Querfurt liefern Beispiele für eine ganzheitliche Kommunalpolitik

Nutznießer einer dezentralen Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien müssen die Kommunen und ihr Umland sein. Aber wie werden die verstreuten Akteure mit ihren anfangs oft gegenläufigen Interessen zu einem Handlungspakt zusammengeführt? Hierfür gibt es bereits erprobte Rezepte.

Hoyerswerda will sich zum attraktiven Wirtschafts- und Tourismusstandort entwickeln. Sie ist eine der Städte in Sachsen, die unter den Folgen der Umbrüche nach der Vereinigung extrem zu leiden hatten. Doch nun ist die alte Energiestadt mit neuer Energie dabei, eine Vorzeigestadt mit Modellcharakter zu werden. Oberbürgermeister Stefan Skora (CDU): "Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass die kommunale Daseinsvorsorge durch die Natur völlig neue Prioritäten gesetzt bekommt."

Aus allen fünf regenerativen Energien, Wind, Biomasse, Wasser, Sonne, Erdwärme, will sich Hoyerswerda mit seinen rund 38 000 Einwohnern zu hundert Prozent selbst versorgen.

Kein Traum, sondern eine reale Aussicht

"Das ist kein Traum, sondern eine reale Aussicht", sagt Frank Fritsch, Projektleiter der Tilia Umwelt GmbH. Das junge Leipziger Unternehmen wendet ein plausibles Rezept an: Schnellstmöglich alle an einen Tisch bringen – die Wirtschaftsbetriebe, die Versorgungsbetriebe und sämtliche Akteure, die daran interessiert sind, die lokalen Energiepotenziale auszuschöpfen.

Treibende Kräfte sind lokale Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze. "So werden wir mit unserem Handlungspakt bald Ergebnisse und Erfolge haben", sagt Fritsch. Schon blicken Nachbarn auf das

Pilotprojekt. Denn sie erkennen, wie regionale Chancen mit einem solchen Gesamtansatz vorteilhaft zu kanalisieren sind.

Mit ihrem Zukunftskonzept Wärmeversorgung liefert die Stadt Querfurt in Sachsen-Anhalt ein weiteres Beispiel für eine alternative Energiepolitik: Hier haben sich die Wohnungsbaugesellschaft, die Agrargenossenschaft und die Stadtverwaltung zusammengeschlossen, um die Wärmeversorgung des Wohngebiets Süd mit 1900 Wohneinheiten sowie gewerblichen und kommunalen Liegenschaften neu zu organisieren, klimaneutral zu gestalten und dabei noch Strom zu erzeugen.

Die Partnerschaft der Kommune mit zwei starken regional verwurzelten Unternehmen wird ebenfalls von Tilia Umwelt betreut. Querfurts Bürgermeister Peter Kunert (FDP) nennt das Konzept für die lokale Fernwärmeversorgung aus regional erzeugtem Biogas "zukunftsweisend, weil in der Praxis bewiesen wird, dass Ökonomie und Ökologie zusammenpassen".

Den absehbaren Erfolg des Projekts bewirkt aus Kunerts Sicht das interdisziplinäre, ganzheitliche Herangehen des Tilia-Teams: Es untersuchte die technische und wirtschaftliche Situation und prüfte in einem Dialogprozess die ökologischen Folgen aus verschiedenen Blickwinkeln. Tilia-Chef Christophe Hug beschreibt seine Methodik so: "Jeder Akteur macht, was er am besten kann – in überschaubarem Gesamtkontext und mit einem klaren Ziel, das alle Partner gemeinsam umsetzen."

Hierfür hat Hug, der aus der Wasserwirtschaft kommt, ein neues Dienstleistungsmodell, genannt "Impulspartnerschaft", entwickelt. Es funktioniert als regionalprivate Zusammenarbeit, überwindet Hemmnisse und be-

herrscht Risiken. Weil alle Beteiligten dieses Bündel von Vorteilen erkannt haben, war es trotz anfänglicher Berührungsängste und trotz vereinzelten Konkurrenzdenkens möglich, sie zum gemeinschaftlichen Zusammenwirken zu bewegen.

Fukushima beschleunigte die Entwicklung

Die innenpolitischen Fernwirkungen der Natur- und Atomkatastrophen in Japan befördern den Drang zu Dezentralisierung und Autonomie der Energieversorgung immer stärker. Losgelöst von politischen Bestrebungen zur Rekommunalisierung sind dabei juristische Aspekte zu bedenken.

Nikolaus Petersen von der Leipziger Kanzlei PETERSEN GRUEN-DEL erläutert: "Zunächst müssen wir überlegen, welche rechtliche Struktur und Rechtsform die Partnerschaft haben soll. Will sich die Kommune an einem Unternehmen in Privatrechtsform beteiligen, muss in der Regel die Erfüllung eines öffentlich-rechtlichen Zwecks durch das Unternehmen und ein angemessener Einfluss der Kommune auf das Unternehmen sichergestellt sein. Die Haftung der Kommune als Gesellschafter muss auf einen Betrag begrenzt sein, der ihrer Leistungsfähigkeit entspricht. Diese Vorgaben sind besonders bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags des Unternehmens zu berücksichtigen."

Die Vorgehensweisen in Hoyerswerda und Querfurt sind nicht auf jede Kommune übertragbar. Aber sie bieten Ansatzpunkte für praktische Nachahmung.

Helmut Lölhöffel

Mehr Informationen: www.swh-hy.de www.wohnen-in-querfurt.de www.tilia-umwelt.com www.petersengruendel.de



Klimaneutrales Wohnen in Querfurt-Süd.

Foto: Bredy/Tilia Umwelt